

Das Dilemma der EU-Freunde

Wie Bundesrat, Gewerkschaften und Mitteparteien der SVP in die Hände spielen

Von Dominik Feusi, Bern

Eigentlich ist das Feld der EU-Politik der Schweiz mit «roten Linien» vollkommen zugestellt. Der Bundesrat, die Parteien und die Sozialpartner haben alle jahrelang darüber geredet, was sie auf keinen Fall in einem Rahmenabkommen wollen. Und es gibt niemanden in Bern, der offen davon redet, dass diese Linien zu verschieben oder gar aufzugeben wären.

Doch genau dies wird paradoxerweise in den nächsten Wochen versucht. Innenpolitisch sollen sich die Sozialpartner mit Vertretern des Bundesrates zusammensetzen, um dem Wunsch der EU zu entsprechen, die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit (FlaM) einzuschränken, welche der EU schon seit Jahren ein Dorn im Auge sind. Und auch aussenpolitisch wird weiter verhandelt. Bundesrat Ignazio Cassis soll sich unbestätigten Gerüchten zufolge in Lugano vertraulich mit Johannes Hahn treffen, dem EU-Kommissar für Nachbarschaftspolitik.

«Binnenmarkt-Hardliner»

Die Ausgangslage für das Rahmenabkommen ist denkbar schwierig. Ursprünglich hat man sich im Bundesrat überlegt, die bestehenden flankierenden Massnahmen durch die Entsenderichtlinie der EU zu ersetzen. Doch der Widerstand der Gewerkschaften war grösser und anhaltender als erwartet. Und er war so konkret, dass es keinen Spielraum für ein Nachgeben gibt. Die 8-Tage-Regel sei das «Herzstück» der flankierenden Massnahmen, sagte zum Beispiel Unia-Präsidentin Vania Alleva auf *Radio SRF*. Man werde zwar an den Gesprächen teilnehmen, aber Verhandlungen seien das nicht, weil es nichts zu verhandeln gebe. Für SP-Präsident Christian Levrat ist die EU schon seit 2015 ein «neoliberaler Konstrukt». Wie die Schweiz ihre Löhne schütze, so doppelte er diese Woche im *Blick* nach, gehe Brüssel nichts an. Und Gewerkschaftsboss und SP-Ständerat Paul Rechsteiner kündigte bereits das Referendum an, falls die Massnahmen aufgeweicht würden. Über den Lohnschutz werde «nicht verhandelt», liess Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, ausrichten, schon gar nicht mit den «Binnenmarkt-Hardlinern» der EU-



8-Tage-Regel auf dem Prüfstand. FDP-Ständerat Philipp Müller (AG) bietet SP-Präsident Christian Levrat einen Kompromiss an. Foto Keystone

Kommission. Die eigentlich EU-treue SP, sonst selten um eine Medienmitteilung verlegen, schaffte es bis heute nicht, zu den wenig aussagekräftigen Beschlüssen des Bundesrates von letzter Woche Stellung zu nehmen. Zwischen dem EU-freundlichen Flügel der Partei und den Gewerkschaften ist offenbar keine gemeinsame Position mehr möglich.

Die Entwicklung der letzten Woche zeigt eine bemerkenswerte Verschiebung der Koalitionen in der EU-Politik. Bis anhin galt die Regel, dass «alle gegen die SVP» kämpfen und dazu vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse eine millionenschwere Kampagne hochgefahren wird. Die Kampagne für das Rahmenabkommen läuft bereits seit Jahren, doch jetzt ist plötzlich nicht mehr klar, wer denn tatsächlich der Gegner ist.

Bis anhin hatte die SVP bloss das Monopol auf die Anti-EU-Argumente von rechts. Jetzt lieferten der Bundesrat

und die Gewerkschaften noch die Argumente von links. Die Folge ist ein Dilemma der Gewerkschaften und der Kreise, die unbedingt ein Rahmenabkommen wollen: Sollten die Gewerkschaften in den Gesprächen diesen Sommer nachgeben, stünden sie als Verräter ihrer eigenen Aussagen da. Und die SVP könnte sich in einem Wahljahr als Retterin des Lohnschutzes in Szene setzen, wohl wissend, dass die Arbeiterschaft zu ihrer Klientel gehört. Sollten die Gewerkschaften aber bei der 8-Tage-Regel wie angekündigt hart bleiben, müssten sie dereinst an der Seite der SVP gegen ein Rahmenabkommen kämpfen. Beides ist kein erfreuliches Szenario für die Linke. Die Bürgerlichen könnten sich eigentlich zurücklehnen und zuschauen, wie der Bundesrat und die Linke dieses Problem lösen.

Dem ist aber nicht so. Immer wenn ein Dilemma scheinbar nicht mehr schlimmer werden kann, letztmals bei der Umsetzung der Masseneinwande-

rungs-Initiative, taucht der Aargauer Ständerat Philipp Müller (FDP) auf. In der *Sonntagszeitung* liess er verkünden, man könne als Kompromiss die Zahl der Lohnkontrollen erhöhen, dafür von der 8-Tage-Regel abrücken.

Bei diesem Vorschlag geht es um Geld. Sowohl mit den FlaM als auch mit den Gesamtarbeitsverträgen (GAV) verdienen die Gewerkschaften Millionen, und zwar unabhängig davon, wie wenig Mitglieder sie noch haben. Wie viel Geld es genau ist, bleibt unbekannt, obwohl es sich um Einnahmen aus einer staatlichen Aufgabe handelt. Je nachdem, wie stark die Kontrollen ausgebaut werden, locken für die Gewerkschaften Millionen, bezahlt von der Wirtschaft.

Liberaler Arbeitsmarkt opfern?

Die Baseler CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter, Präsidentin der aussenpolitischen Kommission, unterstützte den Vorschlag trotzdem. Und auch Müllers Nachfolgerin an der FDP-Spitze, die Schwyzer Nationalrätin Petra Gössi, kann sich eine Aufweichung der 8-Tage-Regel und dafür noch mehr Kontrollen vorstellen. Das zeigt vor allem, in welcher Geiselnhaft die EU-Freunde in CVP, FDP und den EU-freundlichen Wirtschaftsverbänden wie Economiesuisse stecken. Bis anhin mussten sie den politischen Preis eines Rahmenabkommens, den Verlust an Souveränität und direkter Demokratie durch den Nachvollzug von EU-Gesetzen und die Unterstellung unter den EU-Gerichtshof herunterspielen. Sie taten das mit Verweis auf wirtschaftliche Vorteile, welche die bilateralen Verträge hätten. Jetzt sind sie offenbar bereit, auch noch einen wirtschaftlichen Preis zu bezahlen, nur weil sie unbedingt ein Abkommen mit der EU wollen. Der liberale Arbeitsmarkt würde ein weiteres Mal zugunsten der EU geopfert. Hinzu kommt: Die 8-Tage-Regel ist auch beim Gewerbe beliebt, weil sie ausländische Konkurrenz fernhält.

Sollte dieser Deal also gelingen, verliören nicht nur die Gewerkschaften und Christian Levrat das Gesicht. Wegen den Zugeständnissen der FDP und der CVP an die Gewerkschaften hätte die SVP nicht nur neue linke Argumente zur Verfügung, sondern könnte auch noch neue freiheitliche Argumente gegen ein Rahmenabkommen ins Feld führen – genau dorthin, wo einst die zahlreichen roten Linien standen.

Nachrichten

Eine Lenkungsabgabe für leer stehende Flächen

St. Gallen. Mit einer Lenkungsabgabe soll in der St. Galler Innenstadt verhindert werden, dass Investoren Ladenflächen eher leer stehen lassen, als die Mieten zu senken. Dies fordern SP, Juso, Grüne und Politische Frauengruppe (PFG) in einer Motion. In St. Gallen sorgen lange leer stehende Ladenflächen für anhaltende politische Diskussionen. Sie sind teilweise auch an prominenten Lagen in der Fussgängerzone zu finden. SDA

Die Velo-Pendler liegen im Trend

Bern. 65 000 Velofahrerinnen und Velofahrer sind im Mai und Juni bei der Aktion «bike to work» an ihren Arbeitsplatz pedalt. Das ist ein neuer Rekord. 2114 Betriebe machten mit und die per Zweirad zurückgelegte Strecke beträgt knapp 16 Millionen Kilometer. Auch beteiligten sich die teilnehmenden Betriebe dieses Jahr vermehrt zwei Monate an der Aktion. 51 Prozent von ihnen wählten diese Variante, wie die Organisation Pro Velo mitteilt. SDA

Deutlich weniger illegale Grenzübertritte

Bern. In der ersten Jahreshälfte 2018 sind deutlich weniger Menschen illegal in die Schweiz eingereist als in der Vorjahresperiode. Zählte die Grenzschutzbehörde im Vorjahr bis Ende Juni 14 456 illegale Grenzübertritte, waren es in diesem Jahr noch 9050. 4460 der illegal über die Grenze Gekommenen wurden an ausländische Behörden zurückgegeben. An der Spitze der rechtswidrigen Aufenthalte fungierten Staatsangehörige aus Nigeria (1367), gefolgt von Menschen aus Gambia (706) und Eritrea (527). SDA

Stadt Bern erhält eine «Tschäppätstrasse»

Bern. Die Berner Stadtregierung hat beschlossen, eine Strasse nach den beiden ehemaligen Stadtpräsidenten Reynold und Alexander Tschäppät zu benennen. So benannt wird eine bisher namenlose Verbindung zwischen Papiermühle- und Bolligenstrasse. Wie der Berner Gemeinderat mitteilt, will er die «herausragenden Verdienste» der beiden ehemaligen Stadtpräsidenten in einer Umgebung ehren, welche beide massgeblich beeinflussten. SDA

Fossile Energie bleibt wichtig

Gebäudepark lässt sich nur langsam auf Klimaziele trimmen

Bern. Die CO₂-Emissionen aus Treibstoffen nahmen 2017 trotz zunehmender Verkehrsleistung um 1,5 Prozent ab, wie das Bundesamt für Umwelt (Bafu) berichtet. Der Rückgang wird in erster Linie auf den Einsatz biogener Treibstoffe zurückgeführt. Deren Anteil am Verbrauch stieg von 1,6 auf 2,6 Prozent. Um vergleichbare Daten zu bekommen, gleicht das Bafu den Einfluss des Winterwetters auf den Heizöl- und Gasverbrauch rechnerisch aus. 2017 hielt der abnehmende Trend bei den witterungsbereinigten Emissionen aus Brennstoffen an. Im Vergleich zum Vorjahr sanken diese um 1,9 Prozent. Gegenüber 1990 lag der Ausstoss um 26,5 Prozent tiefer.

Ohne Witterungsbereinigung schwanken die Emissionen aus Brennstoffen von Jahr zu Jahr stark. Dies zeigt laut Bafu, dass die Gebäude, die etwa drei Viertel der Emissionen verursachen, nach wie vor wesentlich mit

fossilen Energieträgern beheizt werden. Um die Ziele des Klimaabkommens von Paris zu erreichen, sei mittelfristig eine Abnahme der fossilen Energieträger unumgänglich.

Seilziehen um Grenzwerte

Mit dem Thema wird sich demnächst das Parlament auseinandersetzen. Im Rahmen einer Revision des CO₂-Gesetzes schlägt der Bundesrat vor, ab 2029 zwingende Grenzwerte für Gebäude zu setzen, wenn die Emissionen nicht um 50 Prozent unter das Niveau von 1990 sinken.

Die Umweltkommission des Nationalrats hält es allerdings für verfrüht, schon heute Grenzwerte für Gebäude festzulegen. Sie möchte den Kantonen bis 2030 Zeit geben, das Reduktionsziel von 50 Prozent zu erreichen. Ende 2027 soll der Bundesrat dann landesweit einheitliche Gebäudestandards vorschlagen dürfen. SDA

Ein Pfarrer mit hohen Schulden

Spielsucht trieb Geistlichen in den Bankrott

Küssnacht. Der ehemalige katholische Pfarrer von Küssnacht ist stärker verschuldet als zunächst angenommen. Die bislang bekannten Ausstände lägen bei rund 1,4 Millionen Franken, bestätigt sein Rechtsanwalt Andrea Janggen. Vor knapp einem Monat war bekannt geworden, dass der Pfarrer nicht mehr im Amt sei. Als Grund wurden Schulden von mehreren Hundert-

tausend Franken genannt. Er soll mehrere Dutzend Personen um Geld angegangen haben.

Verschuldet hatte sich der Kirchenmann wegen seiner Spielsucht. Gespielt hatte er in einem regulären Casino. Janggen hat die Gläubiger über die Höhe der Ausstände informiert. Es sei denkbar, dass Betreibungen eingeleitet würden, sagte er. SDA

Gleichbleibende Beiträge für alle

Eine Initiative will mit «Hornkuh-Esprit» zu einheitlichen BVG-Beiträgen

Bern. Der Verein Workfair 50+ hat gestern Dienstag in Bern ein Volksbegehren für unabhängig vom Alter gleichbleibende Pensionskassenbeiträge für alle Versicherten lanciert. Der gemeinnützige Verein will die Unterschriften nach dem Vorbild der Hornkuh-Initiative sammeln.

Die eidgenössische Volksinitiative «Berufliche Vorsorge – Arbeit statt Armut» verlangt eine Änderung von Artikel 113 Absatz 3bis der Bundesverfassung. Der Artikel soll neu lauten: «Für die Bemessung der Altersgutschriften gilt für alle Versicherten unabhängig vom Alter der gleiche Ansatz. Erwerbstätige Personen sind ab dem 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahrs beitragspflichtig.»

Die Initiative verhindere Altersdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und halte wertvolles Wissen und Erfahrung in den Betrieben, sagte Pierre Bayerdörfer, Vorstandsmitglied von Workfair 50+, an einer Medienkonferenz in Bern. Dies wiederum verhindere, dass Betroffene verfrüht ihr Vermögen aufbrauchten und in der Sozialhilfe landeten.

Überholtes System

Es sei ein Fakt, dass viele ältere Arbeitnehmer wegen zu hoher Lohnnebenkosten ab 45 Jahren häufig von Entlassungen bedroht seien, auch wenn dies kein Arbeitgeber öffentlich zugebe.

Eine Umfrage des Vereins unter 1200 Betroffenen habe nun gezeigt, dass das Alter 50plus direkt oder

indirekt auch zu deren Entlassung geführt habe.

Das geltende System mit den progressiven Sätzen mit steigendem Alter stamme aus den Siebzigerjahren und sei überholt angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, führte Bayerdörfer weiter aus.

Er verwies auch auf das CS-Sorgenbarometer vom letzten Jahr, wonach für 44 Prozent der Befragten die Sorge um die Arbeitslosigkeit und die Altersarmut eben die grössten Herausforderungen darstellten.

Einheitssatz um 13 Prozent

Dem Verein schwebt ein einheitlicher BVG-Satz von 12,5 bis 13 Prozent für alle Altersklassen vor, wie Bayerdörfer auf Nachfrage erklärte. Man habe aber bewusst nicht zu viel in den Initiativtext packen wollen, um Raum für eine fundierte Debatte zu lassen. Ziel sei es, das Parlament herauszufordern und wenn möglich zu einem Gegenvorschlag zu zwingen.

Der Initiant räumte weiter ein, es gehe darum, «den Finger in die Wunde zu legen». Auch der Verein Workfair 50+ habe nicht auf alles eine Antwort. Und klar sei auch, dass es für die über 55-Jährigen ein Übergangsmodell von einigen Jahren brauche, damit deren Renten auf heutigem Stand gesichert seien. Unter dem Strich bleibe die angesparte Pensionskassensumme mit einem linearen Satz aber in etwa gleich, so Bayerdörfer. Der derzeit rund 200 Mitglieder umfassende Ver-

ein hat im Vorfeld der Lancierung bewusst keine Kontakte mit der Politik und Wirtschaft gesucht, «um sich nicht von vornherein instrumentalisieren zu lassen», wie Bayerdörfer betonte: «Wir kennen also unsere Freunde und Feinde noch nicht.»

Dass die Forderung schräg in der Landschaft liege angesichts der immensen Schwierigkeiten, endlich eine Rentenreform zum Erfolg zu führen, relativierte Bayerdörfer am Rande der Medienkonferenz. «Wir sind nicht angetreten, um es der Politik einfacher zu machen.» Nach dem Nein des Schweizer Stimmvolks vom September 2017 zur Rentenreform werde der grosse Wurf sowieso immer schwieriger, weil es den politischen Akteuren an Konsensbereitschaft fehle.

Grosser Wurf immer schwieriger

Weil der laut eigenen Aussagen politisch und weltanschaulich unabhängige gemeinnützige Verein über keine schlagkräftige Personal- und Infrastruktur verfügt, hat er sich die Hornkuh-Initiative letztlich zum Vorbild für eine erfolgreiche Unterschriftensammlung genommen.

Mit Standaktionen in den grossen Städten und dem Aufbau eines Netzwerks von Betroffenen via eigene Webseite und soziale Netzwerke will er bis am 10. Januar 2020 die nötigen 100 000 Unterschriften beisammen haben. Die Initianten hoffen im Herbst 2019 auch auf die eidgenössischen Wahlen als willkommene Treiber. SDA